Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 15. Juni 1926
Dienstag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hansa-heide 5079—5099. Postscheck Berlin 4064. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

Mit den Beilagen: Welt und Werk * Kraft und Stoff Wirtschaft und Recht Weltverkehr * DAZ im Bilde.

15. 6. a

65. Jahrgang
Nr. 273

Zum Tage.

Ungefähr hundert amerikanische Aerzte, Mitglieder der „Interstate Medical Association of America", weilen in diesen Tagen als Gäste in Berlin. Führer der Wissenschaft und Mitglieder der Regierung haben sie in der Reichshauptstadt empfangen. In der gleichen Gesinnung hatte man schon vorher die amerikanischen Gäste in München, wohin ihre Besichtigtfahrt durch Deutschland hatte, aufgenommen. In Süd und Nord freut sich das deutsche Volk des amerikanischen Besuches. In allen seinen Schichten — nicht nur in denen der ärztlichen Berufsgenossen — heißt es die Gäste „von drüben" herzlich willkommen. Es gibt viel zu heilen in dieser vom Völkerhaß zerrissenen Welt. Offen und geradeaus hat der berühmte Chirurg Sauerbruch das beim Münchener Empfang ausgesprochen. Der Weltkrieg war nicht nur der erste durchgeführte Versuch, ein ganzes Wirtschaftsgebiet durch Aushungerung zu Tode zu bringen, er hat auch als massenpsychologische Begleiterscheinung dieses Versuches einen Zerfall der bisherigen Gesinnungsgemeinschaft der abendländischen Wissenschaft mit sich gebracht. Es ist zu würdigen, daß gerade von Amerika aus die ersten Wiederanknüpfungen vorgenommen werden. Die amerikanischen Aerzte, die durch ihre Besuchsfahrt wieder die Vorkriegsüberlieferungen der gebildeten Menschheit aufgegriffen haben, erfüllen damit eine Kulturaufgabe, für die ihnen alle Völker dankbar sein müßten. Deutschland begrüßt die amerikanischen Aerzte als die Pioniere der Wiederanbahnung der Kulturzusammenhänge zwischen den Nationen.

*

Das Programm der Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad soll die ungarische Frage an die erste Stelle. Diese bevorzugte Stellung ist wohl mehr einer traditionellen Erinnerung zuzuschreiben als politischer Notwendigkeit. Zu Wirklichkeit hat die Kleine Entente mit andere Sorgen als Ungarn. Selbst Rußland, zu dem die slawischen Staaten (Tschechoslowakei und Südslawien) anders eingestellt sind als das um Bessarabien langende Rumänien, ist zurzeit für die Kleine Entente nicht die brennende Frage, auch die Bereitung des kleinen Verbandes im Völkerbund und der gegebenenfalls im Gerfolge erfolgende Eintritt Deutschlands in den Genfer Bund sind Sorgen minderen Grades. Viel drohender ist die Gefahr, die dem Bestande der Kleinen Entente vom Rom her droht. Mussolini ist das Gespenst, das in Belgrad gebannt werden soll, Mussolini, dem die Kleine Entente ein Dorn im Auge ist und der den italienischen Einfluß auf dem Balkan zur Vorherrschaft bringen will. Und Mussolini ist es, der die Kluft zwischen Jugoslawien und Rumänien ständig erweitert und vertieft. Rumänien entwickelt sich mehr und mehr als treuer Gefolgsmann des Duce. Zwar konnte es von ihm nicht die Ratifikation des Annexionsvertrages über Bessarabien erreichen. Aber Italien war gerne bereit, Rumänien eine Anleihe zu bewilligen, deren Begebungsbedingungen soeben in Rom festgestellt worden. Rumänien hofft unter italienischer Führung zu maßgebendem Einfluß auf dem Balkan zu gelangen. Im Gegensatz dazu steht Jugoslawien, das den italienischen Einfluß, fürchtend, allein die Hegemonie auf dem Balkan erstrebt. Mit Schrecken sieht man in Belgrad die italienischen Bemühungen in Albanien; die italienischen Verpreviungen, den Südslawien Salonikti zu verschaffen, sind Schall und Rauch geworden, Feindsam man zwischen Rom und Athen zu einer Verständigung gelangt ist. Die Bestrebungen Italiens, den gesamten Außenhandel Südslawiens über Triest in die Hand zu bekommen, erweden Unruhe in Belgrad und nicht minder die italienisch-ungarische Freundschaft. Die auch Bulgarien an sich zu ziehen sucht. Jugoslawien fühlt sich isoliert, es legt daher Wert darauf, als Gegengewicht gegen Italien die Freundschaft mit Frankreich zu wahren und zu festigen. Aber Briand stellte die Ratifikation des fertigen neuen Vertrages mit Jugoslawien zurück, wie man sagt, um das auf Marokko lüsterne Italien nicht zu reizen. Es ist keine Frage, die Kleine Entente hat keinen inneren Zusammenhalt mehr, ihre Mitglieder haben sich „auseinandergelebt", worüber auch die Erneuerung der Bündnisverträge in den letzten Tagen erfolgt ist, nicht hinwegtäuschen darf.

In dem holländischen „Algemeen Handelsblad" steht ein Artikel über „die deutsche Reichswehr von englischer militärischer Seite aus gesehen". Er strotzt von Anwürfen gegen das deutsche Heer und stellt die Wiedergabe eines giftgeschwollenen Artikels der „Morning Post" als „Tagebuch" dar. Nach Angabe dieses Blattes stammt er von einem hohen englischen Offizier; eine Angabe, die der Berliner Berichterstatter des „Algemeen Handelsblad" dahin ergänzt, daß der Verfasser unter den Offizieren der Interalliierten Militär-Kontrollkommission zu suchen sei. Nun ist doch wohl ausgeschlossen, daß ein englischer Funktionär der J. M. K. K. in einem deutschen Blatte solche Lakteisigkeiten über deutsche Staatseinrichtungen veröffentlicht. Der holländische Korrespondent ist entweder journalistisch so unbeholfen, daß er die plumpe Fälschung nicht gemerkt hat, oder — was wahrscheinlicher ist — er ist bemüht, die Wirkung der gegen das deutsche Heer gerichteten Hetze zu verstärken. Dieser holländische Herr und das „Tagebuch" sollen ihre Leser glauben machen, die deutsche Armee sei die „kampflustigste", die es in Europa gibt. Nun pflegt die Kampflust eines Heeres mit der Wahrscheinlichkeit des militärischen Erfolges zu wachsen. Für das deutsche Heer würde, so wie die Dinge nun einmal liegen, ein Krieg den sicheren Untergang bedeuten. Die deutschen Offiziere erstehen den Krieg — nach Ansicht des „Tagebuches" — auch gar nicht, um ihrem Vaterlande zu nutzen, sondern nur um damit eine Vermehrung des deutschen Heeres zu erreichen und „Karriere zu machen". Deshalb wollen sie nicht nur Krieg herbeiführen, sondern den Staat umstürzen. „Jeder Beutnant wird an dem Tage, an dem die alte Friedensarmee wieder aufgestellt wird, Hauptmann sein. Jeder Hauptmann Major oder Oberst. Und sogar von den Gemeinen wird ein Drittel Unteroffizier sein. Außerdem wird für alle die abgedankten Offiziere, die in den nationalistischen Verbänden jetzt Vorbereitungsarbeit leisten, ein guter Platz an vorzugter Stelle frei sein. Und auch die Industriellen, die bisher zahlten, werden in Gestalt der notwendig werdenden Aufträge den reichlichen Lohn erhalten, auf den sie Hoffnung haben." Niemand vermutet bekanntlich einen anderen hinter einem Strauch, hinter dem er nicht selbst gesessen hat. Man muß sich darüber schämen, daß so etwas in Deutschland gedruckt wird. Der Pseudo-Engländer schreibt: „Es ist festgestellt, wie die Rekrutierung seit langer Zeit und in vielen getrennt liegenden Garnisonen vor sich ging, nämlich durch illegitime Subordination unter das Votum eines politischen und zwar revolutionären Verbandes." Damit spielt der falsche Engländer auf die „Entthüllungen" des Abgeordneten Heimann an, daß Offiziere sich bei dem Obersten d. Luf nach dem Leumund von jungen Leuten erkundigt haben, die in das Heer eintreten wollten. Irgendwelchen ist längst festgestellt, daß es sich um zwei Einzelfälle handelt und in den Aufzugen von „politischer" Zuverlässigkeit und „nationaler Gesinnung", wie behauptet war, kein Wort steht. Das „Tagebuch" benutzt aber die Fälschung und Unterbeurteilung, um zu gegen den Chef der Heeresleitung hetzen zu können. „Entweder der Armee-Oberbefehlshaber wußte von dieser Praxis, dann ist es wohl nicht zu weitgehend, wenn man auch ihn vollkommen mit den politischen Ideen und Bestrebungen jenes Verbandes identifiziert. Oder er wußte nichts davon, dann ist er nicht mehr Herr seiner Truppe. Das eine wie das andere läuft auf dasselbe hinaus; es zeigt, daß der verfassungsmäßige Staat, mit oder ohne Herrn v. Seeckt, nicht mehr über sein Heer verfügt, und daß es in Gottes Hand steht, was weiter geschieht." Deutschland weiß, was es von Herrn v. Seeckt und seinen Offizieren zu halten hat und ist sicher, daß sie heute ebenso den Staat werden zu schützen wissen, wie 1920, als Reichspräsident Ebert dem Chef der Heeresleitung voll Vertrauen seine Machtvollkommenheit entzog.

Kritische Lage des Kabinetts Briand.

Finanzminister Péret heute zurückgetreten.

a. Paris, 15. 6. (Eigenbericht.)

Soeben verlautet, daß Finanzminister Péret zurückgetreten ist.

Der Landwirtschaftsminister Binet wird im Ministerrat die Beschlagnahme der Ernte sowie die sofortige Aufhebung der Getreidebesitzabgabe beantragen. Die Getreidebörse soll geschlossen werden. Das englische Pfund hat heute den noch nicht erreichten Stand von 180 erreicht. Man erwartet, daß Briand am Nachmittag in der Kammer sprechen wird.

Die Lage wird als kritisch betrachtet.

*

Wieder einmal hat die französische Finanz- und Valutakrise einen Finanzminister zur Strecke gebracht, allerdings, wie uns scheinen will, den unbedeutendsten, denjenigen, der gewissels am wenigsten fähig war, dem furchtbaren Unheil zu steuern. Briand wird ihn ohne Tränen scheiden sehen, hoffend, daß vielleicht ohne Péret das Kabinett noch zu retten sei. Doch auch das ist fraglich. Die in unserer obigen Meldung aus Paris angekündigte Beschlagnahme der Ernte mit allen ihren üblen und im Grunde völlig zwecklosen Rückwirkungen, die Zwangswirtschaft, Brotkarte usw., bedeutet einen zumal den Bauern zur Empörung treibenden Eingriff in die Privatwirtschaft. Und der Nutzen? Nun, wir in Deutschland haben derartige Maßregeln zur Genüge kennen gelernt, sie verschlimmern das Uebel.

Die heutige Regierungskoalition in Frankreich mit ihrem starken Linksübergewicht hat abgewirtschaftet. Das Linkskartell ist längst innerlich geborsten, und weite Kreise wollen eine Kursänderung nach rechts. Ueber die eventuellen Rückwirkungen dieser Entwicklung auf die internationale Lage wird später zu sprechen sein. Das Kabinett der „nationalen Einigkeit" rückt mit jedem neuen Frankensturz näher, man glaubt nicht mehr daran, daß von links das Heil kommen kann. v. N.

Die Berichte der Finanzfachverständigen verzögern sich neuerdings.

a. Paris, 15. 6. (Eigenbericht.).

Man hatte allgemein damit gerechnet, daß die Finanzfachverständigen ihre Vorschläge der Regierung bis gegen Ende dieses Monats vorlegen würden. Ministerpräsident Briand erklärte sich auch bereit, zu diesem Zeitpunkt eine Aussprache über die Finanzlage des Kabinetts anzunehmen. Nunmehr teilt das Finanzministerium mit, daß die Sachverständigen kaum in der Lage sein würden, eine vollständige Arbeit vor Anfang Juli der Regierung vorlegen zu können. In der Ministerrat, der heute vormittag unter Briand bei Staatspräsidenten Doumergue stattfindet, wird Péret über den Stand der Arbeiten der Sachverständigen berichten. Es dürfte aber sicherlich auch die

Lage auf dem Devisenmarkt

den Gegenstand dieser Beratungen bilden. Briand verhandelte gestern zweimal auffallend lange mit Finanzminister Péret. Heute nachmittag gelangt in der Kammer die Anfrage des Kommunistenführers Cachin über die Haufse der fremden Devisen, deren Ursachen und Folgeerscheinungen zur Sprache. Es ist nicht zu erwarten, daß sich die Regierung in eine Aussprache einlassen werde. Dagegen hält man es nicht für ganz ausgeschlossen, daß die Frage der Vertagung der Interpellation bereits zu heftigen Zusammenstößen der Linken mit der Regierung führen werde; bekanntlich wurde der Wunsch der Linken, eine Aussprache über die Finanzmaßregeln des Kabinetts herbeizuführen, bereits zweimal von der Regierung mit Hilfe einer Rechtsmehrheit abgelehnt. Das Pfund ist mittlerweile auf 173¼ angelangt, und die Regierung wird von allen Seiten zu raschen Entscheidungen gedrängt.

Herbe schreibt in der Victoire": „Die Wahrheit ist, daß Frankreich in dieser Stunde

nur noch durch brutale Maßregeln

für das allgemeine Wohl von den sonnigsten Prüfungen gerettet werden kann." „Ein Ministerium der nationalen Einigkeit, wie es die Gefahr des Augenblicks erfordert", schreibt heute ein rechtsstehendes Organ, „ist erst nach den Neuwahlen möglich." Auch von dem Beharren mit Hilfe von Verordnungen, wie sie Poincaré handhabte, wird wieder viel gesprochen, wie denn überhaupt alle möglichen Pläne auftauchen, es oder an einem einheitlichen Sanierungsplan zu fehlen scheint. „Es ist höchste Zeit", schreibt der politische Direktor des „Figaro", „sich an die Verantwortlichen zu wenden." „Es handelt sich nicht darum, die Parlamentsferien ohne besondere Maßregeln zu erreichen", sagt ihn, „sondern die Aufgabe, die Lage nach vor den Ferien eingrenken, da sich sonst für den Herbst die tragischen Ereignisse einstellen werden." — Nach dem „New York Herald" ist es nunmehr sicher, daß der amerikanische Senat seine Beratungen über das französisch-amerikanische Schuldenabkommen bis auf Dezember vertagen werde. Auf keinen Fall soll in eine Verhandlung darüber eingetreten werden bevor das Abkommen durch das französische Parlament angenommen worden sei.

Monatlich eine Milliarde mehr Ausgaben als Einnahmen.

a. Paris, 15. 6. (Eigenbericht.)

Das Blatt Londoures, das „Petit Journal", weiß heute darauf hin, daß den Schatzamt zur Deckung seiner laufenden Lasten, die zu Unrecht nicht in dem Budget enthalten seien, von den einmal am 24. Dezember 1925 bewilligten 8 Milliarden Franken nur noch 1 Milliarde zur Verfügung stehe. Der Staat habe also seit dem 15. September im Zusammenhang mit den schwebenden Schulden von 50 Milliarden Franken monatlich um 1 Milliarde mehr ausgegeben als er eingenommen habe. Diese Tatsache allein würde genügen, um sich die Basse des Franken zu erklären. Das Eingreifen mit dem Stützungsfonds Morgans auf dem Devisenmarkt oder ähnliche Aktionen wären daher vollkommen nutlos. Das Expertenkomitee würde bald feststellen müssen, daß mindestens 3 Milliarden neuer Einnahmen jährlich notwendig wären.

*

a. Paris, 15. 6. (Eigenbericht).

Kammerpräsident Herriot erklärte sich in einer Sitzung des Gemeinderats von Lyon, über die Getreidebesitzabgabe befragt, als Anhänger des ausschließlichen Getreideankaufs durch den Staat, sowohl im Inland wie auch im Ausland. Auch die Wiedereinführung der Brotkarten wurde von Herriot günstig beurteilt.

Kongreß der Sozialistisch-radikalen Partei in Paris.

a. Paris, 15. 6. (Eigenbericht.).

Die Partei der Sozialistisch-Radikalen tritt am Mittwoch zu einem Kongreß zusammen, dessen Bedeutung angesichts der innerpolitischen Verhältnisse über eine reine Parteiangelegenheit weit hinausgeht. Wie man weiß, wird die gegenwärtige parlamentarische Lage dabei gekennzeichnet, daß sich

innerhalb der Partei zwei Strömungen

geltend machen, von denen die eine den Anschluß nach rechts und Bildung eines Ministeriums der nationalen Einigkeit verlangt, während die andere an der alten Kartellpolitik festhalten will, d. h. ein Zusammengehen mit den Sozialisten. Der Kongreß wird nun die Aufgabe haben, zwischen diesen beiden Richtungen, die sich bekanntlich bei allen wichtigen Abstimmungen der letzten Wochen in der Kammer getrennt haben, einen Ausgleich zu finden oder, falls das nicht möglich sein sollte, für die eine oder andere Richtung sich zu entscheiden.

Den Aussprachen, die zu heftigen Kämpfen Anlaß geben dürften, wird ein Bericht des abgeordneten Chautemps zugrunde liegen, der

Vorschläge für eine Kurspolitik

verteidigt, während der rechte Flügel durch den Abgeordneten Franklin Bouillon gestützt wird, der in den letzten Tagen bekanntlich wegen seines geplanten Vorstoßes gegen Briand viel von sich reden machte. Es verlautet, daß Chautemps einen Tadel wegen Verletzung der Parteidisziplin gegen die Anhänger der Konzentrationspolitik einbringen werde. Darüber hinaus wird der Kongreß aller Voraussicht nach zu der grundsätzlichen Frage Stellung nehmen müssen, ob die Partei sich in Zukunft an einem Konzentrationskabinett beteiligen soll oder nicht. Die Partei, die bekanntlich unter der Leitung des Kammerpräsidenten Herriot steht, zählt in der Kammer 140 Mitglieder und spielt damit eine ausschlaggebende Rolle für die Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse.

Man darf also sagen, daß die Beschlüsse des bevorstehenden Kongresses, der zum Unterschied des übrigen Parteilagers der „Kleine Kongreß" genannt wird, nicht nur für die Partei, sondern

für die gesamte innerpolitische Entwicklung von größter Bedeutung

sein wird. Die alte Streitfrage „Kartellpolitik oder Konzentrationspolitik?", die bei den gegenwärtigen Kern der innerpolitischen Kämpfe in Frankreich bildet, wird bei dieser Gelegenheit möglicherweise eine Klärung erfahren.

*

a. Paris, 15. 6. (Eigenbericht.)

Justizminister Loucheur hat verhandelt, seinen nachmittag mit dem Leiter des Religionsunterrichts in Elsaß-Lothringen über die gegen jene Gesetzlichen zu ergreifenden Maßregeln, die bekanntlich Anfang Juni in Kraft treten sollen. Die Leitung der elsaß-lothringischen Eisenbahn teilt mit, daß jene Eisenbahner, die den Anordnungen nicht nachkommen, ihres Amtes entsetzen werden. Sie werden von ein Disziplinargerichte gestellt und voraussichtlich entlassen werden.

Tangerzone gegen ständigen Ratssitz.

Mussolini als zweiter Anwärter auf Tanger.

sx. London, 15. 6. (Eigenbericht.)

Nachdem die Mosulfrage erledigt ist, scheint jetzt Marokko das internationale Zankobjekt für Völkerbundspolitik zu werden. Es wird hier behauptet, daß Spanien für seinen Verzicht auf den ständigen Ratssitz die

Tangerzone zur Einverleibung in die spanische Marokkozone

verlangt. Englische Stellen verhalten sich zurückhaltend, besonders, da als zweiter Anwärter inzwischen tatsächlich Mussolini aufgetaucht ist. Italien dürfte sich damit abgefunden haben, daß keine allgemeine Marokkokonferenz stattfindet und daß das Ziel eine französisch-spanische Angelegenheit ist. Jedenfalls ist ihm dieser Standpunkt nicht nur von Frankreich, sondern auch von England vorgehalten worden. Dafür verlangt Italien aber eine multiverzige Revision des Tangerstatut.

Auch Frankreich ist nicht geneigt, so weitgehende spanische Tangerwünsche zu erfüllen. Immerhin ist mit irgend einem Zuschuß-Stück zu rechnen. Das allgemeine Rätselraten über die Zukunft Marokkos hat durch die Bewilligung der Mannesmann-Kredite in Berlin neuen Stoff gefunden. Es wird aber darauf hingewiesen, daß die bewilligten 8 Millionen Goldmark im Verhältnis zu dem in Rede stehenden Objekt ein nur unbedeutender Betrag seien.

Im englischen diplomatischen Dienst sind verschiedene Veränderungen eingetreten. Der Gesandte in Athen geht nach Kopenhagen, der Gesandte in Teheran geht nach Athen, und der bisherige englische Generalkonsul in Tanner geht nach Teheran.

Mit dem Abschluß des Mosulvertrages

ist nun auch die Mission Sir Ronald Lindsays in der Türkei erfüllt, der, wie bekannt, für den Berliner Posten an Stelle Lord D'Abernons in Aussicht genommen ist.

Ein neuer Scheck aus Moskau.

sx. London, 15. 6. (Eigenbericht.)

Aus Moskau ist ein neuer Scheck über 50 000 Rubel für den Unterstützungsfonds der Bergarbeiter eingetroffen. Die Exekutive der Bergarbeiter hat sich unter Umgehung des Generalrates des Gewerkschaftskongresses nunmehr unmittelbar mit den Führern der einzelnen Gewerkschaften in Verbindung gesetzt, fordert finanzielle Hilfe und hat ferner die Transportarbeitergewerkschaft gedrängt, auf neue den Transport von Kohlen auf englischen Bahnen und das Löschen in englischen Häfen einzustellen.

Heute nachmittag findet die Unterhausdebatte über den Kohlenkonflikt statt. Es wird vielfach damit gerechnet, daß die Regierung das Gesetz über den Siebenstundentag aufhebt, um die Möglichkeit längerer Arbeit zu geben.

Wie Frankreichs Präsident in England empfangen wird.

sx. London, 15. 6. (Eigenbericht.)

Zum Empfang des französischen Präsidenten Doumergue ist ein großes Programm ausgearbeitet. Der Präsident wird am Dienstag nächster Woche in Dover eintreffen, wo ihn der Prinz von Wales empfängt und mit ihm nach London fährt. Am Victoria-Bahnhof wird der König selbst anwesend sein. Am selben Nachmittag findet ein Besuch am Grabe des unbekannten Soldaten in der Westminsterabtei statt, am Abend ein Staatsbankett im Buckingham-Palast. Am Mittwoch fährt der Präsident Doumergue im Automobil nach Oxford, wo er Doktor des bürgerlichen Rechtes werden soll. Am Donnerstag findet das Bankett der City of London statt, am Freitag die Rückfahrt nach Paris. Die Fahrt zur Guildhall soll sich zu einer großen Kundgebung gestalten. Es wird schon heute zur Ausschmückung und Beflaggung der Häuser aufgefordert.

Deutschland, Amerika, England sollen zusammenarbeiten.

sx. London, 15. 6. (Eigenbericht.)

In der Westminster-Abtei wurde am letzten Montag ein Kirchenfenster geweiht, das der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, zum Andenken an die in deutscher Gefangenschaft gestorbenen Engländer gestiftet hat. Der amerikanische Botschafter Houghton verlas eine Kundgebung Gerards. Man solle die Toten nicht vergessen, aber man solle die Bitterkeit dieser Kriegstage vergessen. Engländer, Deutsche und Amerikaner sollten zusammenarbeiten für eine gesundere, bessere und freundlichere Welt. Gerard hat das Fenster gestiftet, da ihn, bevor Amerika in den Krieg eintrat, die Wahrnehmung der britischen Interessen in Deutschland oblag.

Lord Oxford erkrankt.

sx. London, 15. 6. (Eigenbericht.)

Lord Oxford wird an den am Donnerstag und Freitag stattfindenden Sitzungen der Liberalen Vereinigung nicht teilnehmen. Es wird heute abend ein ärztliches Bulletin ausgegeben, daß er infolge einer Influenza an Brustverengung leide, absolute Ruhe brauche und eine Woche im Bett bleiben müsse. Ob der Arzt oder die Natur diesen Ruhewo gefunden hat, bleibt dahingestellt. Es wird nur erklärt, daß diese Krankheit im allgemeinen auf ungewöhnliche Erregung oder Ueberanstrengung zurückzuführen sei.

Neuer Zusammenstoß in Indien.

Simla, 15. 6.

Gestern Abend kam es in Pindi-Bhattian zu schweren Zusammenstößen zwischen Sikhs und Mohammedanern, bei denen mehrere Personen getötet wurden. Der angerichtete Sachschaden war beträchtlich. Polizei und Militär gelang es, die Ruhe wiederherzustellen. Die Behörden haben Ansammlungen auf den Straßen so wie das Tragen von Stöcken verboten.

*

Pindi-Bhattian liegt nordwestlich von Lahore.

Vor der Konferenz in Veldes.

Was die Staatsmänner der Kleinen Entente besprechen wollen.

kbg. Wien, 15. 6. (Eigenbericht.)

Die „Prager Presse", das Organ des tschechischen Außenministers Dr. Beneš, teilt über die am 17. Juni in Veldes beginnende Konferenz der Kleinen Entente mit, daß sich diese Konferenz vor allem mit der ungarischen Frage beschäftigen werde. Auch die Frage der Zusammenarbeit mit Oesterreich, die noch große Entwicklungsmöglichkeiten biete, stehe auf dem Programm. Die politischen Ereignisse auf dem Balkan, der Abschluß der Beziehungen zu Frankreich, die Situation im Osten, das Verhältnis zu Polen und die gegenwärtige Form der russischen Frage sollen überprüft werden. Schließlich werde auch die Krise im Völkerbunde die Konferenz beschäftigen, weil mit dieser Krise auch die Frage der Vertretung der Kleinen Entente im Völkerbundsrat in Zusammenhang stehe. Am 20. Juni werden sämtliche Mitglieder zu den Vertretern der gleichzeitig in Veldes tagenden Pressekonferenz der Kleinen Entente-Staaten sprechen.

Das rumänisch-jugoslawisch-tschechische Defensivbündnis ist (wie wir bereits kurz meldeten. — Red.) **auf weitere drei Jahre verlängert worden.**

*

Belgrad, 15. 6. (Sonderbericht der DAZ.)

Das Auswärtige Amt veröffentlichte heute ein Kommuniqué, wonach die Kleine Entente bei ihrer bevorstehenden Zusammenkunft sich mit der Frage der Besetzung der Raissine durch die Septembertagung des Völkerbundes beschäftigen wird.

Italiens Anleihe für Rumänien.

fr. Mailand, 15. 6. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen über die 200-Millionen-Lire-Anleihe für Rumänien, die zuerst in Rom durch den Großen Kolzi einerseits und den rumänischen Staatssekretär Mainoleanu andererseits geführt worden waren, sind jetzt beendet. Die Unterzeichnung soll im Laufe des heutigen Tages erfolgen.

Rücktritt des österreichischen Kultusministers?

kbg. Wien, 15. 6. (Eigenbericht.)

Die Verwirklichung des Planes über den Volksschulgesetzes, die zwischen dem österreichischen Unterrichtsminister Dr. Schneider und dem Präsidenten des Wiener Stadtschulrats Glöckel getroffen wurden, werden nach zuverlässigen Informationen nicht die Zustimmung der Regierung finden. Der Minister hat sich bei seinen Vereinbarungen nicht die Uebereinstimmung mit den Landesregierungen gesichert, die für ihre Schulnetze die Gesetzeshoheit besitzen. Unter diesen Umständen ist mit einem baldigen Rücktritt des Unterrichtsministers zu rechnen. Es kann aber angenommen werden, daß andere Veränderungen in der Regierung nicht stattfinden werden.

Eidgenössisches Schwurgericht gegen den Attentäter auf Graf Bethlen?

sch. Genf, 15. 6. (Eigenbericht.)

In der Frage des Attentäters gegen den Grafen Bethlen ist der schweizerische Bundesanwalt Stämpfli auch heute noch zu keinem Abschluß gelangt. Der Bundesrat hatte sich in seiner Sitzung vom Montag mit der Frage befaßt und nicht endgültig befaßt. Die Wahrscheinlichkeit wird immer größer, daß ein eidgenössisches Schwurgericht berufen werden wird. Ein solches hat, wie heute mitgeteilt wird, seit 1893 nicht mehr stattgefunden. Sollte es einberufen werden, wird es in Genf sogen. Der Attentäter durfte gestern zum ersten Male seinen Verteidiger empfangen. Ebenso konnte der Bundesrat, wie gleichfalls aus Bern berichtet wird, gestern die ersten Berichte über den Zusammenstoß zwischen Polizisten und Sozialisten bei der Genfer Matteotifeier vom Freitag entgegennehmen. Auch hier lag jedoch noch kein abschließender Bericht vor, daher kam es auch noch zu keinem Beschluß. Die Sache erhält ihre besondere Beleuchtung auch noch dadurch, daß mehrere Beamte italienischen Nationalität bei Völkerbundssekretariats und des Internationalen Arbeitsamtes an den Zwischenfällen beteiligt waren und sogar Verletzungen davongetragen haben.

Noch keine Bestätigung Dorpmüllers.

Das Reichskabinett befaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Wahl des Generaldirektors der Reichsbahn. Es wurde beschlossen, vor endgültiger Stellungnahme zu der Angelegenheit zwecks Klärung gewisser technischer Fragen mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Reichsbahn in Verhandlung zu treten.

Die amerikanischen Aerzte in der Universität.

Dienstag vormittag besuchten die augenblicklich in Berlin weilenden Mitglieder der „Interstate Medical Association of America" die Friedrich-Wilhelm-Universität.

In den Kliniken wurden außerordentlich fesselnde Vorträge gehalten. Den amerikanischen Aerzten ein Bild von der raschen Entwicklung der deutschen Medizin gaben. Geheimrat Warburg, der langjährige Präsident der physikalisch-technischen Reichsanstalt, sprach über die Röntgenstrahlen und ihre heutige Bedeutung. Professor Bier gelegte den Gästen die erste Vorführung einer neuen Krankenhausanlage auf dem Exerzierplatz in der Schneidder Ecke Bernauer Straße. Ein umfangreiches Programm bot Professor Hilgenfeldt mit seinen Assistenten. Die Sektenmedizin und Kurpfuscherei in Deutschland wurde in einem höchst interessanten Vortrag erörtert. Dann sprach Professor His über das Knochenmark als Organ und führte mehrere Krankendemonstrationen aus dem Gebiete der inneren Sekretion vor.

Zur gleichen Zeit fanden Vorträge des Gynäkologen Prof. Frank und des Kinderarzes Prof Czerny für die amerikanischen Gäste statt.

Die neue Lage in Portugal.

Von

Xenophon.

Lissabon, im Juni.

Im Verlaufe wenigen Tage hat General Gomes da Costa durch einen militärischen Handstreich die bisherige Regierung gestürzt und sich zum tatsächlichen Herrn des Landes gemacht. Das Parlament ist geschlossen. Mit der Verwaltung der Ministerien sind hohe Offiziere betraut. Eine nationale Regierung ist gebildet, der nur Militärs angehören. Alle Berufspolitiker sollen ein für allemal von der Verwaltung ausgeschlossen bleiben, — so lautet wenigstens der erklärte Wille des siegreichen Generals. Das bedeutet, sehr im Gegensatz zu allen bisherigen Revolutionen, daß ein grundsätzlicher Wandel erfolgt ist durch die endgültige Ausschaltung der Parlamentsherrschaft und deren Ersetzung durch eine Militärdiktatur, die allerdings vorläufig noch sehr gemäßigte äußere Formen zeigt. So hat Gomes da Costa sich bislang mit der Absetzung der leitenden Beamten in den verschiedenen Ministerien begnügt, die angesichts einer große Säuberung der Verwaltung von allen korrupten Elementen wird vorläufig nicht durchgeführt.

Die gleiche Mäßigung hat der General gegenüber den Gewerkschaften gezeigt, die hier durchweg syndikalistisch-anarchistischen Charakter tragen. Er hat ihnen unter der Hand mitteilen lassen, daß er ihre Organisation nicht antasten werde, auch der Achtstundentag, der hier, offiziell wenigstens, besteht, soll erhalten bleiben. Die Gewerkschaften haben demzufolge auch ihren Generalstreik, der allerdings ohne praktische Bedeutung war, abgebrochen und ihre etwa 150 000 Mitglieder zur Neutralität ermahnt.

Gomes da Costa hat also wie Primo de Rivera erkannt, daß ihre eigentlichen Gegner im Lager der bürgerlichen Parteien zu suchen sind. Eine rote Gefahr besteht nicht angesichts des Fehlens eines großen Industrieproletariats, daß immer der Träger revolutionärer Ideen und Aktionen ist. Man kann deshalb ohne Gefahr Konzessionen an eine Arbeiterschaft machen, die als politischer Faktor mitrechnet.

Dieses zögernde Vorgehen der neuen Herren erklärt sich zum Teil aus Schwierigkeiten im eigenen Lager. Gomes da Costa ist zwar als erfolgreicher Heerführer in Kolonialkriegen und als Chef des portugiesischen Expeditionskorps im Weltkriege überaus populär, aber er hat mit den Intrigen seiner Kollegen zu rechnen, die alle jenen jetzt vorherrschenden „politischen Generale" repräsentieren, der in Portugal vorherrscht. Revolutionär teilt er sich denn auch mit General Cabecadas, dem Oberbefehlshaber der Südtruppen, während da Costa Befehlshaber der Nordtruppen ist, in die Herrschaft. Aber der Kampf um die Alleinherrschaft hat schon eingesetzt und wird wahrscheinlich mit dem Sieg des energischeren da Costa enden. Eine blutige Auseinandersetzung innerhalb der Armee selber wäre aber unvermeidlich, sobald Gomes da Costa zu einer bestimmten politischen Richtung sich bekennen würde. Aber der Zug nach rechts ist unverkennbar und das eigentlich Kennzeichnende der Lage. Das zeigt sich augenscheinlich im Verhalten der neuen Herren zur Kirche. Seit Einführung der Republik herrscht in Portugal Trennung von Staat und Kirche. Die Kirchengüter sind zum großen Teil beschlagnahmt, die Laiengesetze sind sehr streng, so besteht z. B. ein Professionverbot, und Aufhebung jeglichen Religionsunterrichts in den Schulen, ebenso dürfen Geistliche in der Oeffentlichkeit nur in weltlicher Tracht erscheinen. Die Katholiken Portugals haben bislang vergeblich gegen diese Gesetze protestiert. Jetzt hat General da Costa eine Milderung dieser Verordnungen in Aussicht gestellt und eine endgültige Verständigung mit der Kirche angekündigt. Diese Maßnahmen sind das Resultat geheimer Verhandlungen mit dem Vatikan, der den neuen Umschwung mit seinem nicht zu unterschätzenden Einfluß unterstützt.

Bedeutet diese Entwicklung schon eine Stärkung des konservativen Elements, so gilt das noch mehr für die Sympathiebe Kundgebungen, die Gomes da Costa bei Adel und Landbevölkerung gefunden hat. Sein Sieg ist gleichzeitig ein Sieg des flachen Landes gegen die verhaßte Stadt, die große Korruptionszentrale Lissabon. Aber die eigentliche Frage „Republik oder Monarchie?" wird auch durch die Diktatur nicht entschieden werden, da sie einen blutigen Bürgerkrieg als unvermeidliche Folge haben würde.

Die tatsächliche völlige Abhängigkeit Portugals vom Auslande bedingt eben auch die jetzige Entwicklung. Zwar hat Gomes da Costa bei der englischen Regierung, dem großen Freundeslande Portugals, eine günstige Aufnahme gefunden, da man von ihm im Foreign office eine Stabilisierung der Verhältnisse und damit eine größere Garantie für die Sicherheit des Hafens Lissabon erwartet, aber etwa General Gomes da Costa, seinem Programm entsprechend, eine neue Regierung der „nationalen Energie und Autorität" in den Kolonien durchführen versuchte, so würde ihn England bald darüber belehren, daß es keinen anderen Zustand als den augenblicklichen der völligen Verlorterung und Hilfsbedürftigkeit für Angola und Moçambique wünscht. Und was den anderen großen Nachbarn Spanien betrifft, so sind auch hier alle Kombinationen über eine „iberische Union" der beiden verwandten Völker hinfällig. Die Jahrhunderte alte nationale Antipathie ist auch heute noch so stark, daß selbst ein gleiches Regime keine Annäherung verursachen wird.

Ebenso sieht es mit der großen Tochter Portugals: Brasilien.

Man erkennt seit langem im Mutterlande, daß man auch rein geistig jeden Einfluß in Brasilien verloren hat. Der französische kulturelle Einfluß dominiert, und darüber hinaus zeigen die Brasilianer, die sich heute längst als eigene neue Nation fühlen, ihre unverhohlene Geringschätzung und Antipathie gegen das kleine und kulturell zurückgebliebene Mutterland.

Alle diese Tatsachen sind in letzter Linie ausschlaggebend. Mehr noch als die deprimierenden Zustände im Innern des Landes: